



Bundesregierung erleichtert die Ausweisung straffälliger Ausländer

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Fraktion haben nach den schrecklichen Vorgängen in Köln schnell gehandelt. Das Kabinett beschloss an diesem Mittwoch einen Gesetzentwurf zur erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer. Nach Bekanntwerden der Ereignisse in Köln und anderen Städten hatte sich die Bundesregierung bereits Anfang Januar darauf verständigt, kriminelle Ausländer deutlich schneller auszuweisen.

Der nun vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf sieht vor, dass ausländische Straftäter künftig bereits ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht. Das gilt bei Straftaten gegen das Leben, gegen die körperliche Unversehrtheit, gegen die sexuelle Selbstbestimmung und bei Angriffen auf Polizisten.

Auch Eigentumsdelikte wie Diebstahl können zur Ausweisung führen, wenn sie unter Anwendung von Gewalt oder von Serientätern verübt werden.

Dies wird aber nur gelingen, wenn die Länder hier mitziehen. Sie müssen die Verfolgung dieser Tätergruppen künftig zu einer Hauptaufgabe machen. Die Länder, vor allem Nordrhein-Westfalen, müssen Handlungsfähigkeit beweisen. Dazu müssen spezielle Ermittlungsgruppen von Polizei und Staatsanwaltschaft gegründet werden. Die Strafgerichte müssen in die Lage versetzt werden, die entsprechenden Strafverfahren zügig abzuschließen. Und letztlich müssen die Täter dann auch abgeschoben werden. Nicht nur der Bund hat hier seiner Handlungsfähigkeit zu beweisen, sondern auch die für den Vollzug zuständigen Länder.

Die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge muss sich spürbar reduzieren. Die Union setzt dabei auf europäische Lösungen wie den Schutz der Außengrenzen, Registrierung aller Flüchtlinge in Italien und Griechenland sowie gerechte Verteilung der anerkannten Flüchtlinge auf alle EU-Staaten. Gleichzeitig soll aber die Liste der sicheren Herkunftsländer vergrößert werden – etwa um Marokko und Algerien.

Am 4. Februar findet darüber hinaus die Konferenz "Supporting Syria and the Region" in London statt. Ziel ist es, gemeinsam Lösungen für die Flüchtlingskrise in Syrien zu finden. Gastgeber sind Deutschland, Großbritannien, Norwegen, Kuwait und die Vereinten Nationen.

An der Londoner Konferenz werden Vertreterinnen und Vertreter aus mehr als 70 Nationen sowie internationaler Organisationen teilnehmen. Ziel der Konferenz ist es, finanzielle Zusagen für die notwendige humanitäre Hilfe einzusammeln. Bei der Syrienkonferenz in London wird der Themenbereich "Inside Syria" unter deutschem Vorsitz diskutiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird sich dafür einsetzen, die Lage in Syrien zu stabilisieren, um so die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern. 18 Millionen Menschen sind mittlerweile durch den syrischen Bürgerkrieg auf Hilfe angewiesen, davon mehr als 13 Millionen innerhalb Syriens.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen. Wir bekämpfen das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“, sind mit

Soldaten und Material der Bundeswehr in den Krisengebieten in Afghanistan und Mali engagiert und unterstützen unsere osteuropäischen Partner im Rahmen der NATO.

Dies schafft die Bundeswehr zurzeit, obwohl die Zahl der Soldaten erheblich gesunken ist und das Material zusehends älter wird.

Die weltweite sicherheitspolitische Lage hat sich in der letzten Zeit erheblich zugespitzt. Die Landes- und Bündnisverteidigung hat deswegen an Bedeutung gewonnen. Dies zeigt uns, dass die Neubeschaffung von Material für die Bundeswehr und Investitionen in den Substanzerhalt nötig sind. Auch haben unsere Verteidigungspolitiker der Union und unsere Ministerin der Verteidigung recht, es muss zusätzlich über die personelle Verbesserung der Streitkräfte nachgedacht werden. Wir müssen auf die neuen Bedrohungslagen mit der Bildung neuer Fähigkeiten reagieren.

Es ist klar, dass hierfür mehr finanzielle Mittel eingesetzt werden müssen. Die Aufstockung der Mittel und die Stärkung der Bundeswehr ist in einer unsicherer gewordenen Welt und zum Schutz unseres Landes richtig und dringend vonnöten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Peter Hintze MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: DBT/Stella von Saldern



Konzentration auf gemeinsame Interessen Hardt: "Deutschland und Türkei brauchen einander"

Bundeskanzlerin Angela Merkel will den Austausch mit der Türkei vertiefen – das sagte sie nach den Deutsch-Türkischen Regierungskonsultationen. Beide Seiten haben bekräftigt, zügig an der konkreten Umsetzung der Vereinbarung EU-Türkei arbeiten zu wollen. „Das wird Deutschland und Europa bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise helfen“, sagt Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Jürgen Hardt hält diese ersten Deutsch-Türkischen Regierungskonsultationen für einen wichtigen Ausgangspunkt für den „neu intensivierten und von wechselseitigem Verständnis geprägten Umgang“ beider Staaten miteinander. Der Türkei käme in der aktuellen politischen Situation eine Schlüsselrolle zu. „Die Türkei ist zentraler Akteur bei der Befriedung des syrischen Bürgerkrieges, bei der Bewältigung der Fluchtbewegungen und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.“ Deutschland und die Türkei bräuchten einander.

Den Außenpolitiker Hardt stimmt vor allem der partnerschaftliche Ton der Regierungskonsultationen optimistisch. „Beide Seiten haben bekräftigt, zügig an der konkreten Umsetzung der Vereinbarung EU-Türkei zu arbeiten. Das wird Deutschland und Europa bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise helfen“, da ist sich Hardt sicher. Allein in der Türkei sollen sich türkischen Angaben zufolge derzeit rund 2,5 Millionen syrische Flüchtlinge aufhalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dem Land finanzielle Hilfen zugesagt.

Jürgen Hardt schlägt vor, in der neuen Dynamik des deutsch-türkischen Verhältnisses sollten beide Seiten sich auf Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen konzentrieren. Differenzen, etwa bei der Bewertung von Pressefreiheit, Menschenrechtslage und Religionsfreiheit sollten nicht beiseite gewischt werden - sie dürfen den konstruktiven Dialog aber auch nicht behindern. Hardt: „Sprachlosigkeit führt zu Verhärtung und hilft nur Nationalisten und Extremisten.“ Die Kanzlerin selbst hatte nach den Gesprächen mit türkischen Regierungsvertretern noch einmal bekräftigt, bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise müsste man bei den Fluchtursachen ansetzen. Sie lehnte Lösungen der Einzelstaaten ab. „Wir brauchen einen gesamteuropäischen Ansatz“, sagte die Bundeskanzlerin. Es gebe ein großes Interesse der EU, den Schengen-Raum mit seiner Reisefreiheit aufrechtzuerhalten.

Foto: Katja-Julia Fischer

Hochschulstatistikgesetz bringt Licht ins Dunkel



Der Bundestag hat an diesem Donnerstag die Novelle des Hochschulstatistikgesetzes beschlossen. Ziel der Gesetzesänderung ist es, für politische Entscheidungen eine bessere Datengrundlage bereitzustellen. Hierzu betont die Bildungspolitiklerin Claudia Lücking-Michel, MdB:

Für unsere Hochschulen gab es in den letzten Jahren zahlreiche Veränderungen: Die Bologna-Reform hat die Studiengänge grundlegend reformiert. Mit dem Hochschulpakt und der Exzellenzinitiative haben wir neue Instrumente für ein leistungsfähiges Hochschulsystem geschaffen. Als Koalition arbeiten wir weiter an guten Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Politik und Verwaltung benötigen aber genauere Daten, um die Entwicklung der Hochschullandschaft und die Wirkung unserer wissenschaftspolitischen Entscheidungen abbilden zu können. Nicht zuletzt haben sich auch die Daten-Lieferverpflichtungen gegenüber EUROSTAT – dem statistischen Amt der Europäischen Union – verändert.

Kernstück der Novelle ist die neu eingeführte Studienverlaufsstatistik. Sie wird erstmals Informationen über den Ablauf eines Studiums, Fach- und Hochschulwechsel sowie die Promotionsphase liefern. Künftig werden wir Antworten auf Fragen haben wie: Wie viele Masterstudienplätze benötigen wir? Was sind Gründe für Studienabbrüche? Wie viele Promovierende gibt es und unter welchen Bedingungen arbeiten und forschen sie? Dabei war es uns wichtig, dass das Gesetz die Geheimhaltung individueller Daten ganz klar schützt. Wir haben in Zusammenarbeit mit Ländervertretern und Fachleuten für Hochschulstatistik einen sehr guten Ausgleich zwischen fachlicher Erfordernis und Datensparsamkeit erzielt.

Foto: Frank Beer

Impressum:

Ausgabe Nr. 02/2016
28. Januar 2016

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion
im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck